



Wohin strebt Vorarlberg?

Die Frage des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz begegnet besonders in Vorarlberg und in der Schweiz dem größten Interesse. In der 14. Sitzung der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung am 15. März 1919 kam die Angelegenheit zum erstenmale in der gesetzgebenden Körperschaft zur Sprache. Ueber vielseitiges Verlangen geben wir den stenographischen Bericht über jene Sitzung in einer gesonderten Ausgabe heraus.

Wir schicken noch voraus, daß sich die provisorische Vorarlberger Landesversammlung, die am 3. November 1918 an Stelle des früheren Landtages getreten ist und die am 27. April 1919 durch Wahlen vom neuen Landtage abgelöst werden wird, heute aus folgenden Personen zusammengesetzt:

I. Christlichsoziale Partei.

a) Mitglieder:

Landeshauptmann:

1. Dr. Otto Ender, Advokat, Direktor der Landeshypothekenbank in Bregenz.



Landeshauptmannstellvertreter:

2. Franz Loser von Nieden.
3. Dr. Ferdinand Redler, Rechtsanwalt in Feldkirch.

Landesräte:

4. Jodok Fink, Staatsrat in Andelsbuch.
5. Engelbert Luger, Bürgermeister in Dornbirn.
6. Josef Kemmerknecht, Staatsbahnunterbeamter in Nieden.
7. Franz Unterberger, Bürgermeister in Feldkirch.

Landesratsstellvertreter:

8. Dr. Andreas Konzett, Bürgermeister in Bludenz.
9. Alois Amann, Bürgermeister in Hohenems.
10. Barnabas Fink, Dekan in Hittisau.
11. Adolf Rhombert, Erz., Alt-Landeshauptmann in Bregenz.
12. Martin Thurnher in Dornbirn.

Mitglieder der Landesversammlung:

13. Agidius Mayer, Dekan in Schruns.
14. Albert Welte, Konsumvereinsleiter in Frastanz.
15. Stefan Allgäuer, Lehrer in Gisingen.
16. Alois Dietrich, Gemeindevorsteher in Braz.
17. Lorenz Dür, Sekretär in Dornbirn.
18. Josef Bechter, Gemeindevorsteher in Sulzberg.
19. Dr. Josef Mittelberger, Professor in Bregenz.

b) Ersatzmänner:

1. Josef Hollenstein, Gemeinderat in Lustenau.
2. Arbogast Michler, Sekretär in Dornbirn.
3. Kaspar Stadler, Gemeindevorsteher in Lochau.
4. Johann Müller, Gastwirt in Bludesch.
5. Johann Georg Seifried, Gemeindevorsteher in Weiler.
6. Leopold Neusburger, Gemeindevorsteher in Bezau.

II. Deutschfreiheitliche Partei.

a) Mitglieder:

Landeshauptmannstellvertreter:

1. Franz Natter, Bürgereschullehrer in Bregenz.

Landesrat:

2. Dr. Franz Feierle, Advokat in Dornbirn.

Landesratsstellvertreter:

3. Karl Ganahl, Fabrikant in Feldkirch.
4. Guido Gafner, Fabrikant in Bludenz.

Mitglieder der Landesversammlung:

5. Dr. Ferdinand Rinz, Bürgermeister in Bregenz.
6. Josef Ruff, Metzger in Hard.

b) Ersatzmänner:

1. Dr. Bruno Karrer, Handelskammersekretär in Feldkirch.
2. Johann Jussel, Altvorsteher in Schöls.
3. Heinrich Endres, Staatsbahnrat in Feldkirch.

III. Sozialdemokratische Partei.

a) Mitglieder:

Landeshauptmannstellvertreter:

1. Fritz Preiß, Maschinenmeister in Borstlofer.

Landesrat:

2. Franz Kaufner, Kesselschmied in Feldkirch.

Landesratsstellvertreter:

3. Koloman Markart, Konsumsverwalter in Bludenz.
4. Thomas Lorenz, Schuhmachermeister in Dornbirn.

Mitglieder der Landesversammlung:

5. Mayer Hugo, Schriftfeger in Lustenau.

b) Ersatzmänner:

1. Hermann Hermann, Nationalrat in Gard.
2. Hermann Hosp, Gypfer, Gözis.

Bregenz, 22. März 1919.

J. N. Lentich, Verlagsbuchhandlung.

Nachstehend folgt der stenographische Bericht über die Verhandlungen betreffend die Anschlußfrage in vorerwähnter Sitzung.

Landeshauptmannstellvertreter Mitter:

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet:

„Bericht des Landesrates über die Anschlußfrage.“

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter, Landeshauptmann Dr. Ender.

Dr. Ender: Hohes Haus! Mit dem Berichte verbinde ich gleichzeitig die Beantwortung einer an mich gerichteten Interpellation. Am 27. Februar 1919 haben die Herren Dr. Karrer, Dr. Rinz, Landeshauptmannstellvertreter Mitter, Gafner, Ruff und Dr. Feierle an die Landesregierung folgende Anfrage gerichtet:

(Liest:) „Im „Tiroler Anzeiger“ Nr. 44 vom 21. Feber 1919 findet man in der vierten Spalte auf der ersten Seite einen Brief aus Vorarlberg. Darin ist auch von der Abstimmung für oder gegen den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz die Rede. Es werden die Ergebnisse der Abstimmung in Dünserberg, Klösterle, Schnifis, Schlinz, Bildstein, Mäggers, Fontanella und Laterns angeführt und daran folgende Bemerkungen geknüpft:

„„Wenn angesichts solcher Zahlen die dazu meist ohne irgendwelche Agitation erreicht wurden, noch Zweifel über die Stimmung des Volkes kommen, dem ist nicht mehr zu helfen. Außerhalb des Landes und vielleicht auch in manchen Kreisen des

Landes selbst scheint man die ganze Sache nicht für recht cräft anzusehen, sondern mehr für irgend eine private Liebhaberei zu halten, wie etwa einen Esperantokurs. Solchen Leuten können wir verraten, daß die Angelegenheit bereits in Paris anhängig ist.“

Ist der Landesregierung über diesen Artikel etwas Näheres bekannt? Ist sie zutreffendenfalls bereit, darüber Auskunft zu geben und welche Stellung nimmt sie ein gegenüber der Art und Weise, wie der Anschluß über die Köpfe der Landesregierung und der Landesversammlung hinweg betrieben wird.“

Zu dieser Interpellation habe ich zunächst zu bemerken, daß es nicht richtig ist, daß die Angelegenheit in Paris anhängig gemacht wurde, wenigstens soweit es der Borsarlberger Landesregierung bekannt ist. Ich kann auch mitteilen, daß die Borsarlberger Landesregierung bisher, das heißt bis vor ganz kurzer Zeit, keine offizielle Stellung in der Anschlußfrage eingenommen hat und zwar aus dem einfachen Grunde, weil von keiner einzigen Partei in der Landesregierung, von keiner einzigen Partei im Landesrate und von keiner einzigen Partei in der Landesversammlung irgend eine Anregung in dieser Richtung gemacht wurde und der Landeshauptmann kein persönliches Bedürfnis hatte, vorzeitig in dieser Sache einzugreifen.

Zur Sache selbst ist folgendes zu sagen: Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Landesversammlung mit der Angelegenheit befassen muß, weil sie dafür reif geworden ist. Mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ist die pragmatische Sanktion dahingefallen. Die 1867 iger Verfassung ist ebenfalls dahingegangen und die Länder haben ihre Selbstständigkeit erlangt. Was beim Zusammenbruch als wirklich feste Bestandteile übrig geblieben sind, das sind die Länder des einstmaligen Oesterreichs.

Diese Länder haben sich im November des vergangenen Jahres sofort provisorisch zu Deutschösterreich zusammengefunden. Man kennt die Abgrenzung unseres Staates Deutschösterreich noch nicht genau. Es ist ein merkwürdiges Gebilde, wenn man das deutsch-böhmische Gebiet dazurechnet: ein dicker Strich und dann ein großes Fragezeichen hinauf. Wenn wir es auf einer Karte anschauen, so ist es wirklich ein sonderbares Bild. Aber man kennt die Umgrenzung noch nicht so genau.

Auch wir haben damals am 3. November Borsarlberg als selbständiges Land erklärt. Wir haben erklärt, es sei ein selbständiges Land im Rahmen von Deutschösterreich. Wir teilen aber alle die Auffassung, daß jene Erklärung provisorischen Charakter getragen hat, wie überhaupt die Landesversammlung selbst provisorischen Charakter trägt. Noch vor wenigen Tagen haben unsere Nationalräte im Nationalrat in Wien anlässlich der Beratung über die Verfassung des Reiches dieselbe Erklärung abgegeben, daß sie wohl teilnehmen an den Arbeiten der Nationalversammlung, aber nur in dem Sinne, daß dem Borsarlberger Volk eine definitive Entscheidung über seinen Anschluß noch vorbehalten bleiben muß.

Der Borsarlberger Landesrat steht auf dem Standpunkte, wenn das Land sich für das Bleiben bei Deutschösterreich entscheide, so könne das vom neu gewählten Landtage geschehen. Ob der neugewählte Landtag es allerdings auf seine Verantwortung nehmen wird, wird von den dann herrschenden Verhältnissen abhängig sein. Es sind auch noch Verhältnisse denkbar, wo der Landtag selbst wenn er sagen will, man wolle bei Deutschösterreich bleiben, es doch vorzieht, eine Volksabstimmung über diesen wichtigen Gegenstand einzuleiten.

Der Borsarlberger Landesrat steht ferner auf dem Standpunkte, wenn schon zur Zeit der provisorischen Landesversammlung, bevor der aus den

Wahlen hervorgegangene definitive Landtag in Tätigkeit tritt, die Sache zufällig spruchreif gemacht werden mußte, so wäre auf alle Fälle eine öffentliche Volksabstimmung einzuleiten. Das sind die Formalitäten.

Nun zum Inhalt, zum Meritorischen: wo sollen wir hin, wo gehört Vorarlberg hin? Diese Frage heute zu beantworten, ist nicht unsere Aufgabe. Sie zu streifen halte ich für notwendig, um die Begründung dessen zu schaffen, was ich beantragen will und im Auftrage des Landesrates Ihnen beantragen soll.

Ich meine, wenn wir die geographische Lage ansehen, das liegt auf der Hand, daß wir offen sind nach der Schweiz, nicht geschlossen nach Deutschland, dagegen von Deutschösterreich durch Berge sehr geschieden. Wir hängen geographisch mit Oesterreich nicht sehr innig zusammen. Wir gehören auch nicht dem Flußgebiete der Donau an, sondern dem Flußgebiete des Rheines. Geographisch liegen die Dinge sehr einfach und klar.

Nehmen wir die Sache unter einem anderen Gesichtspunkte, unter dem Gesichtspunkte der Abstammung und Sprache, so liegen die Dinge folgendermaßen. Die Vorarlberger sind teils Alemannen, teils Walser, teils germanisierte Romanen. In der Schweiz drüben finden wir genau dieselbe Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung und dieselbe Sprache, das „Schwigerdütsch“ oder „Schwäbischdütsch“. Mit den Württembergern und mit den Bewohnern des Kreises Schwaben in Bayern ist ein Großteil des Landes ebenfalls enge stammverwandt. Auch die Sprache des „Schwäbischdütschen“ finden sie in einem großen Teile des Landes ähnlich wie draußen. Von den Tirolern dagegen und von den Bewohnern der übrigen Teile Bayerns scheidet uns bezüglich Abstammung und Sprache sehr vieles. Die Tiroler und die übrigen Bayern gehören dem bajuvarischen

Stamme an. Ihre Sprache trägt offensichtlich ganz anderen Charakter als das Vorarlberger „Schwiger- oder Schwäbischdütsch“. Wenn eine Schweizer Zeitung erst kürzlich gesagt hat und wenn es von einem Vorarlberger Blatt scheinbar zustimmend übernommen würde, daß die Sprache in der Schweiz und Vorarlberg ganz verschieden sei, daß die Vorarlberger viel mehr den Tirolern ähneln, auch in ihrer monarchischen Denkungsart (Feierkeit), so habe ich nicht verstanden, wie eine Schweizer Zeitung das schreiben konnte, und noch viel weniger, wie eine Vorarlberger Zeitung das als Argument abdrucken konnte. Es ist zu sehr in die Augen springend, daß wir bezüglich Abstammung und Sprache mit der Schweiz und mit Schwaben viel verwandter sind als mit Tirol, und auch bezüglich der Gesinnung war zweifellos schon vor dem Kriege, wo wir alle noch loyale Staatsbürger und treue Untertanen Sr. Majestät waren, doch festzustellen, daß zwischen der Auffassung in Tirol und in Vorarlberg immer ein ganz wesentlicher Unterschied bestanden hat. Es hat das jeder Beamte gefühlt, der in unser Land kam. Auch die Bevölkerung war sich durchaus bewußt, daß sie demokratischer gesinnt und veranlagt war als die Tiroler. Daß der Patriotismus, der vorhanden war, einen anderen Charakter trug, hat man auch in Wien gefühlt, wo man uns scherzweise als den 23. Kanton bezeichnete.

Das schickte ich voraus, um klar zu machen, daß es nicht verwunderlich ist, wenn im Lande eine Bewegung entstanden ist für den Anschluß an die Schweiz. Diese Bewegung findet in der geographischen Lage, in der Abstammung und Sprache als in natürlichen, dem Volke ganz von selbst zum Bewußtsein kommenden Dingen und auf Grund des Gemütes, des natürlichen Strebens eine ganz selbstverständliche Grundlage, so daß man sich nicht wundern kann, daß in Vorarlberg so eine Bewegung

leicht aus dem Volke herauswachsen, leicht hineingetragen werden und leicht Boden gewinnen konnte. Die sogenannte Abstimmung oder die Unterschriften-sammlung, wie sie richtiger bezeichnet werden muß, hat bekanntlich das Ergebnis gehabt, daß 70% der stimmberechtigten Bevölkerung für den Anschluß an die Schweiz unterschrieb. Man muß die Dinge cum grano salis nehmen. Die „stimmberechtigte Bevölkerung“ läßt sich nicht so genau umschreiben und man darf nicht vergessen, daß die Unterschriften-sammlung einen rein privaten Charakter und keinerlei amtlichen Charakter getragen hat und daß die Art und Weise, wie die Unterschriften gesammelt wurden, rein privater Initiative überlassen war.

Man darf daher den Wert derselben gewiß nicht überschätzen, anderseits muß man sich aber auch klar sein, daß noch viele unterschriftsbereit wären, die sich bei einer privaten Unterschriften-sammlung grundsätzlich nicht beteiligten. Zum Beispiel in Bregenz und Feldkirch hat die Bevölkerung eigentlich nicht unterschrieben, ohne damit sagen zu wollen, sie sei gegen den Anschluß. Erstens hat man keine besondere Agitation entfaltet und zweitens steht die Bevölkerung vielfach auf dem Standpunkte, daß sie bei einer privaten Unterschriften-sammlung nicht mittue. Den gleichen Standpunkt hat man in verschiedenen anderen Gemeinden vertreten. Zum Beispiel in Alberschwende, Kennelbach, Volgenach, Mittelberg, Niefensberg, Schwarzenberg, Sibratsgfall und Andelsbuch, wo grundsätzlich nicht gesammelt worden ist, wo man erst bei der amtlichen Abstimmung mittun will.

Einerseits ist richtig, daß 30% hier fehlen, von denen vielleicht noch viele unterschrieben hätten, wenn diese Abstimmung amtlich erfolgt wäre; ebenso ist aber klar, daß unter den 70% manche Unterschriften dabei sind, die nicht das Produkt einer vollen Ueberlegung und eines achttägigen Nachdenkens sind. Ueber die Unterschriften-sammlung kann man eine Meinung

haben, welche man will, aber ich verhehle mir nicht: daß sie der Ausdruck eines vorhandenen Volkswillens ist, der Ausdruck einer vorhandenen Stimmung in der Bevölkerung. Man müßte blind und mit tauben Ohren durch das Land gehen, wollte man sich das verhehlen.

Ich habe auch nicht die Meinung, daß seit dem Zeitpunkte, wo die Unterschriften gesammelt wurden, die Verhältnisse zu Ungunsten des Anschlusses an die Schweiz sich geändert hätten. Ich habe die Meinung, wenn sie gar keine weitere Aufklärung in das Volk geben können und einfach morgen hinausgehen und dem Volke Gelegenheit geben, seine Entscheidung in die Urne zu werfen, so werden wir bei der Abstimmung eine überwältigende Mehrheit zu Gunsten der Schweiz erleben. Sie haben wohl alle diese Ueberzeugung oder sie müßten ganz andere Beobachtungen gemacht haben und ganz anders hören wie ich. Nun ist dann aber diese Neigung für eine Entscheidung zu Gunsten des Anschlusses an die Schweiz nicht nur gefordert in unserer geographischen Lage, in Abstammung und Sprache unseres Volkes, sie findet auch ihren Nährboden aus anderen Gründen.

Vor allem sehen unsere Vorarlberger in der Schweiz schon lange das Ideal eines demokratischen und gutverwalteten Landes, das ihnen immer imponiert hat. Das ist mit ein Grund. Sie sehen insbesondere, daß dieses Land den ganzen Krieg hindurch verschont geblieben ist, daß es ein Friedensland geblieben ist, und das übt auch heute in den Wirrsalen und Bedrängnissen unserer Zeit eine große Anziehungskraft aus, ohne daß man sich deshalb im Volke gleich Rechenschaft gibt, ob dies von Dauer ist oder nur momentan. Daß die Ordnung in der Schweiz heute noch aufrecht erhalten ist, während ringsum zum Unglück der Völker die schrecklichste Unordnung überhand nimmt, das ist auch ein Moment, was das Volk ungemein hinneigen läßt

zur Schweiz und es ungemein gestimmt macht für den Anschluß an die Schweiz, an das in Ordnung bestehende Friedenseiland.

Dazu kommt, daß wir von jeher mit der Schweiz sehr innige wirtschaftliche Beziehungen hatten. Unsere Stickereiindustrie hat unser Land außerordentlich eng an die Schweiz geknüpft. Vom Montafon wandern die Gypser schon seit Jahrzehnten hinüber in die Schweiz; sie haben die Schweiz kennen gelernt, sie lieben sie und neigen deshalb dahin. Diese wirtschaftlichen Bande haben vielleicht gerade bewirkt, daß im Rheintal und im Montafon spontan die allergrößte Stimmenzahl bei der Unterschriftensammlung zutage getreten ist.

Wenn wir unsere Blicke nach einer anderen Richtung lenken, so habe ich die Meinung, daß wir uns zunächst Württemberg, wenn es um den Kreis Neuburg und Schwaben verstärkt würde, wofür ja gegenwärtig Ansätze vorhanden sind, natürlich nähern. Ich habe die Meinung, daß dieses Württemberg nach der Schweiz jener Landstrich wäre, der für die Vorarlberger Bevölkerung nach seiner natürlichen Neigung, nur rein dem Gefühle Folge gebend, die zweitstärkste Anziehung ausüben würde. Was Sprache und Abstammung und was Denken angeht, sind das vielleicht unter den uns umgebenden Völkern nach der Schweiz diejenigen — nach meiner persönlichen Auffassung, — die uns am nächsten liegen. Jedenfalls habe ich die Meinung, daß in breiten Volksschichten so der Instinkt eher dorthin, als nach München-Bayern, als nach Wien und Deutschösterreich führen würde.

Gehen wir weiter, dann stoßen wir auf Deutschösterreich. Das ist das heute Gegebene. Bei Deutschösterreich können wir bleiben, ohne daß wir eine Amputation vornehmen müssen. Jede Amputation ist mit Schmerzen verbunden. Die Amputation Vorarlbergs von Tirol war klein. Das Volk sieht aber nicht ein, wie viel Arbeit und wie viel kleine

und große Schwierigkeiten schon dieser Lostrennungsprozeß in seiner praktischen Durchführung mit sich bringt. Wir haben erst jetzt nach drei Monaten vollständig die Landesregierung in ihrem Kerne wirklich selbstständig aufrichten können, um das Werk in Gang zu bringen. Verschiedene Nebenämter sind heute noch in Tirol, zum Beispiel, das Sanitätsamt, das Veterinäramt, das Forstamt, auch die Finanz ist noch nicht geschieden. Ferner ist das staatliche Bauamt noch nicht mit unserem Landesbauamt vereinigt.

Kurz und gut: wir sind noch mit verschiedenen Strängen mit Tirol verknüpft. Es erfordert dies eine monatelange Arbeit, um diese kleine Amputation durchzuführen.

Sie können sich nun vorstellen, was für unendlich große Arbeit es erfordern würde, wenn Vorarlberg sich entschließen wird, von Deutschösterreich wegzugehen, um sich einem anderen Staatswesen anzuschließen. Diese Amputationschmerzen würden sehr groß sein und würden uns nicht erspart bleiben. Es würde eine schwere Uebergangszeit sein; aber sie würde vorübergehen, wie es bei Schmerzen jeder Amputation naturgemäß der Fall ist.

Mit diesem Oesterreich sind wir geschichtlich verwachsen. Durch lange, lange Zeit ist Oesterreichs Schicksal unser Schicksal gewesen und unser Schicksal war Oesterreichs Schicksal; auch das knüpft Bande, innige Bande, daran ist nicht zu zweifeln. Auch unsere wirtschaftlichen Interessen sind stark mit Oesterreich verbunden gewesen. Unsere Großindustrie, Textilindustrie u. s. w. haben ihren Nährboden, ihre Absatzgebiete im alten Oesterreich gehabt. Die Fäden sind durchaus nicht hinaus nach Deutschland und nicht in die Schweiz gelaufen. Wir haben die Gesetzgebung, die Verwaltungseinrichtung mit diesem Oesterreich gemein. Wir haben auch unser Geldwesen mit Deutschösterreich gemein.

Oesterreich hat unserem Lande auch viel Gutes erwiesen. Wenn ich an die großen Sachen denke, die in unserem Lande durchgeführt worden sind, an die Rheinregulierung, Wildbachverbauungen, Straßenbauten u. s. w., wo Oesterreich, das ehemalige, uns sehr viel geleistet und viel gegeben hat, dann muß ich feststellen: es ist nicht richtig, wenn man hier und da sagt, wir seien wie ein Stiefkind von Oesterreich behandelt worden. Ich muß das in Abrede stellen. Wir waren nicht ein Stiefkind, diese Auffassung wäre falsch. Wir täten da ein Unrecht und würden uns einer wüsten Undankbarkeit schuldig machen.

Aber eines ist zu bedenken: das heutige Deutschösterreich ist nicht mehr das alte Oesterreich-Ungarn. Das heutige Deutschösterreich ist kein Abjaggebiet für unsere Industrie, wie das alte Oesterreich-Ungarn es gewesen ist. Das heutige Oesterreich umfaßt nicht jene Kohlenlager, jene Eisenwerke, jene Zuckerrübengebiete, jene ungeheuren Getreidefelder, die das alte Oesterreich-Ungarn umfaßte. Es ist wirtschaftlich bedeutend minderwertig geworden. Ueber seine zukünftigen Anschlüsse in wirtschaftlicher Hinsicht, selbst über sein zukünftiges Gebiet sind wir leider nicht im Klaren. In seiner heutigen Gestalt ist es auch ein absolut unnatürliches Gebilde. Wenn Deutschböhmen dabei bleibt, so hat es eine ganz ungläubliche Gestalt, wie kein Reich der Erde. Wenn Deutschböhmen wegkommt, so bleibt für uns immer das eine Unangenehme, daß es einen Kometenschweif darstellt. Der Kopf des Kometen ist die Stadt Wien mit 2.5 Millionen Einwohnern, das übrige Deutschösterreich ist dünn bevölkert und bildet den Schweif, an dessen allerletztem Ende unser Vorarlberg liegt.

Es ist, wie Staatsrat Fink einmal gesagt hat, der Wasserkopf in Wien unten; der liegt weit weg und wir sind die letzte kleine Zehne. Es ist auch nötig zu sagen, daß in unserer Bevölkerung die

Wiener Regierung nicht im guten Ruf gestanden ist; man hat an ihr mit Recht viel ausgefetzt. Das Vertrauen, daß das sich im neuen Staate bessern werde, ist ein geteiltes. In dieser Beziehung sind die Urteile verschieden.

Nun haben wir es, wenn wir uns an die Schweiz anschließen, mit einer bekannten Größe zu tun, wenn wir uns an Württemberg anschließen wollen, mit einer in der Umgebung noch nicht bekannten Größe. Wenn wir uns an Bayern anschließen, haben wir es mit einem Staate zu tun, dessen weitere Angliederung und Gestaltung wir noch nicht völlig kennen, aber in Umrissen schon. Wenn wir uns an Deutschösterreich anschließen, dann schließen wir uns auch einem Reiche an oder wir bleiben bei einem Reiche, dessen sichere Gestaltung noch nicht bekannt ist und dessen wirtschaftliche Eingliederung in das Weltganze noch viel weniger bekannt ist.

Bei Deutschösterreich müssen wir eines noch in Betracht ziehen. Es steht noch in Frage, ob sich nicht eine Alpenrepublik herausbildet; es hat auch diese Frage schon ernstlich auf der Tagesordnung gestanden, ob nicht Wien eine Sonderstellung bekommen und die übrigen Alpenländer in eine Alpenrepublik zusammengefaßt werden sollen. Manchen Teilen unseres Volkes liegt dieser Gedanke viel sympathischer als Deutschösterreich in der heutigen Form. Darüber sind wir uns klar, daß diese Alpenrepublik wohl kaum ganz selbständig bestehen könnte, sondern nur als Teil eines großen Reiches und zwar des Deutschen Reiches. Das wollte ich vorausschicken, um einigermaßen ein Bild zu geben über die Bestrebungen, die im Volke wirksam sind.

Nun gehe ich zu einer anderen Seite der Sache und möchte die Frage stellen: Können wir uns denn überhaupt frei entscheiden? Diese Frage kann heute meines Erachtens niemand beantworten.

Wir haben bekanntlich keinen Verständigungs-frieden geschlossen, sondern wenn wir es nüchtern anschauen und ehrlich aussprechen, sind wir im Weltkrieg unterlegen und sind die Besiegten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entente mit uns machen kann, was sie will. Wenn sie uns an die Schweiz angliedert, ist die Sache erledigt. Wenn sie uns an die Alpenrepublik angliedert, ist die Sache ebenfalls erledigt. Wenn sie uns zu Deutsch-österreich schlägt, so ist das Wort gesprochen. Wenn sie uns den politischen Anschluß an Deutschland unmöglich macht, so sind wir vielleicht außer Stande, dagegen aufzukommen. Ich weiß es nicht. Man hat wohl das schöne Wort „Selbstbestimmungsrecht“ ausgegeben, aber mehr als ein schönes Wort ist es nicht. Das ist also das erste, was unserer freien Entscheidung im Wege steht.

Wir dürfen nicht vergessen, daß unter Umständen andere über uns entscheiden. Dann werden wir allerdings der selbständigen Entscheidung vollständig enthoben sein.

Auch wenn das Selbstbestimmungsrecht gegeben ist, können wir dasselbe unter Umständen nicht frei ausüben, weil wir wieder von der Entscheidung abhängen, die andere Länder treffen. Zum Beispiel von der Entscheidung Tirols hängt Vorarlberg ganz wesentlich ab. Wenn Tirol erklärt, es wolle eine selbständige Republik sein und es gelingt Tirol, die internationale Anerkennung zu finden, dann ist es im vorhinein ausgeschlossen, daß Vorarlberg zu Deutschösterreich gehört, daß es noch einen Zusammenhang mit Wien behält. Dann bleiben ihm nur mehr die beiden Wege offen: da hinaus oder da hinüber. So können Ereignisse um uns herum eintreten, die unsere freie Selbstbestimmung beeinflussen.

Ein anderes wichtiges Moment, das unsere freie Selbstbestimmung beeinflussen wird, das ist das Verhalten des anderen Teiles. Zum Beispiel

gehören immer zwei. Wenn wir auch in freier Selbstbestimmung entscheiden, wir wollen dahin, und der andere Teil sagt, ich mag nicht, dann ist die Sache wieder erledigt. Wie steht es in dieser Beziehung?

Bei Deutschösterreich ist kein Zweifel, Deutsch-österreich nimmt uns in höchster Liebe auf. Bei einer Alpenrepublik Deutschösterreichs, die sich bilden würde, habe ich auch keine Zweifel; wir werden angenehm sein. Bei Bayern brauchen wir gar nicht zu zweifeln, die werben um uns. In Württemberg-Schwaben, falls es sich bilden sollte, glaube ich nicht, daß wir vor der Türe stehen bleiben müßten.

Wie steht es nun in der Schweiz?

Das ist vielleicht die schwierigste und in den Augen des Volkes akuteste Frage. Als die Selbstständigkeitsklärung von Vorarlberg erfolgt und Deutschösterreich auseinander gefallen war, als die Liebe zur Schweiz in den einzelnen Teilen des Landes sich sofort kundgab, hat man in der Schweiz ziemlich kühles Blut bewahrt und es wurde dort sehr Gewehr bei Fuß gestanden. Eine Zeitung, die „Thurgauer Zeitung“, hat scharf gegen einen Anschluß Vorarlbergs Stellung genommen, weil sie daraus den Verlust des Kantons Tessin befürchtete. Später hat sich die Stimmung der öffentlichen Meinung in der Schweiz zersplittert gezeigt. Eines ist aber sicher, daß die Schweiz den Grundsatz hat: Abtreten wollen wir nichts. Wenn die Angliederung bedingt sein soll durch eine Abtretung eines anderen Gebietes, dann ist von der Sache von vornherein nicht zu reden. Erster Grundsatz ist: „Die Schweiz ist unantastbar.“ Aus der Furcht, unser Anschluß schade der Unantastbarkeit, war am Anfang von einer Angliederung Vorarlbergs an die Schweiz nicht zu sprechen.

Man hatte das Gefühl, wenn man sich auf diese Frage überhaupt einlasse, so tauchen vor selbst Abrennungsfragen auf und davor hatte man eine große Scheu. Es ist nun aber nicht zu verkennen, daß in der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung Wandlungen vor sich gegangen sind. Es ist kein Zweifel, daß heute viel größere Kreise der Schweiz, ja ziemlich alle Kreise der Schweiz die Frage zwar nicht als spruchreif, aber als diskutabel bezeichnen.

Wenn man die Schweizer Presse verfolgt, es ist nicht nur die deutsche, sondern auch die französische, die welsche Presse, so kann man feststellen, daß in ersten Blättern immer wieder auch jene Momente hervorgehoben werden, welche vom schweizerischen Standpunkte aus den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz als wünschenswert bezeichnen. Man begegnet immer wieder der Auffassung, man solle das Selbstbestimmungsrecht nicht negieren, und wenn es wirklich wahr sei und bei einer amtlichen Abstimmung erprobt werde, daß das Volk Vorarlbergs in die Schweiz wolle, dann solle man nicht die Türe von vornherein verschließen. Kurz und gut: es kommen selbstsüchtige Erwägungen mit diesen idealen sehr häufig vermengt an die Oberfläche, und zwar in allen Teilen der Schweiz und in der Presse der verschiedenen Parteien der Schweiz.

Daneben werden immer wieder in der Schweizer Presse Stimmen laut, die abwinken. Die Stimmung ist keine einheitliche, sondern eine gemischte. Aber es ist unbedingt richtig, daß ein Umschwung in der Richtung erfolgt ist, daß heute diese Frage in der Presse wenigstens als diskutabel bezeichnet wird, über die verhandelt werden könnte.

In der ostschweizerischen Presse ist viel natürliche Zuneigung vorhanden, weil auch das wirtschaftliche Interesse weit näher liegt. Bei der Westschweiz hat man das wirtschaftliche Interesse

erst später erkannt. Heute sprechen die westschweizerischen Zeitungen von der Bedeutung, die der Besitz der Arlberglinie für die Schweiz hätte. Sie sprechen auch von der weit bessern Grenze, die die Schweiz gegenüber dem deutschen Reiche finden würde, wenn die Grenze über den Arlberg und die Gebirgskämme verlaufe, als wenn der offene Rhein die Grenze bilden würde.

Die ostschweizerische Presse weist dann noch auf die Bedeutung Vorarlbergs für die Ostalpenbahnprojekte hin.

Wenn man am Anfang die Meinung hatte, es würden in der Schweiz konfessionelle Bedenken entstehen, so ist das eigentlich nicht festzustellen. Die Schweiz steht auf dem Standpunkte, soviel ich es verfolgen kann, daß das keinen Gegenstand bilde bei einer Bevölkerungszahl von 140.000 Einwohnern, und daß man überhaupt früher mit Berücksichtigung konfessioneller Gesichtspunkte soviel Dummheiten gemacht habe, daß man sie heute nicht mehr zum Gegenstand einer Diskussion machen soll.

In nationaler Beziehung wird darauf hingewiesen, daß wir im Falle des Anschlusses an die Schweiz wiederum zu einem national gemischten Staatswesen kommen. Das ist ohne weiteres ein Umstand, den man nicht übersehen kann und darf. Nun wird prophezeit, daß die Schweiz nach einem Menschenalter dasselbe Schicksal erleben und auch in nationale Teile zerfallen werde. Ich schließe mich den Propheten nicht an, weil ich mir grundsätzlich das Prophezeien abgewöhnt habe. Man blamiert sich dabei in 90% der Fälle. Wenn es kommen sollte, dann stelle ich mir im Falle des Anschlusses an die Schweiz die Sache so vor: Wenn wir uns an Deutschland anschließen, werden wir harte Leidenszeiten mitmachen. Die Anschauung, daß Deutschland in zwei Jahren aus allen Folgen des verlorenen Krieges sich herausgearbeitet habe, teile ich in keiner Weise. Das deutsche Reich wird

so gut wie Deutschösterreich mindestens ein Menschenalter zu tun haben, um wieder voll auf die Höhe zu kommen. Das ist meine persönliche Ueberzeugung. Das kann dem Volke in seinen ferneren Generationen, in seiner weiteren Zukunft ein gesunder Entwicklungsprozeß sein. Harte Leidenschulen sind nicht notwendig ein Schaden. Aber wir müssen durch ein Menschenalter hindurch den Leidensweg mitgehen. Wenn wir uns heute der Schweiz anschließen, werden wir möglicher Weise rascher — sicher weiß ich es nicht — den Prozeß durchmachen und schneller in geordneten Lebensverhältnissen drin sein. Ich prophezeie gewiß nicht. Es wird vielleicht der Fall sein. Und wenn später es wahr werden sollte, daß die Schweiz in ihre nationalen Bestandteile auseinanderfällt, so würden wir dann als Bestandteil der deutschen Schweiz an das große deutsche Reich kommen. Das würde ja dann von selbst die gegebene Entwicklung sein, wenn die Schweiz wirklich zerbröckelt. Sie wäre dann für uns quasi der Unterstand für eine Generation gegen die Unbill der Bitterung.

Das sind alles Gedanken, die ich nur berühre, weil sie in der Presse immer an's Tageslicht kommen und ich sie deshalb nicht übergehen will, weil doch ein gewisser Hintergrund für das gemalt werden muß, was wir in sachlicher Beziehung heute beraten und beschließen müssen.

Eine große Frage für das Volk ist auch bei diesem Anschluß: Wie werden wir gestellt bezüglich Geld, Valuta und Schulden? Wie wir diesbezüglich bei Deutschösterreich und Deutschland stehen, ist uns klar; da müssen wir die Leiden mittragen und die Suppe mitessen. Wie es uns in der Schweiz gehen wird, weiß heute niemand; sondern das wollen wir erfahren. Nun, ich habe heute nicht zu sprechen für den Anschluß an die Schweiz, ich habe nicht zu sprechen gegen den Anschluß an die Schweiz, nicht für den Anschluß an Deutschösterreich oder für die

Abtrennung, ich habe nicht zu sprechen für den Anschluß an Deutschland oder gegen den Anschluß an Deutschland, sondern meine Aufgabe ist eine andere.

Das Volk hat das Bedürfnis, in die Lage zu kommen, den offiziellen Entscheid zu geben, und unsere Aufgabe ist es heute in der Landesversammlung nicht, dem Volke in der Entscheidung vorzugreifen, sondern den Weg zu suchen, wie man dem Volk eine vernünftige Entscheidung ermöglicht. Wir müssen einen Weg suchen, auf dem das Volk zu einem begründeten, möglichst unbefangenen, für die Zukunft sichern und möglichst fruchtbaren und glücklichen Entscheid gelangen kann. In der Richtung hat sich nun der Landesrat mit der Sache befaßt und der Landesrat ist zu dem Entschluß gekommen, daß man, um der Bevölkerung diese Entscheidung zu ermöglichen, folgendes tun müsse: Man muß bei allen umgebenden Staaten die Fühler austrecken. Man muß bei den uns umgebenden Staaten nachfragen: erstens ob sie überhaupt gewillt sind, uns sich anschließen zu lassen. Denn, wenn sie rundweg ablehnen, hat es keinen Zweck, daß unser Volk sich den Kopf zerbricht. Sind sie grundsätzlich nicht abgeneigt, so ist der Landesrat der Meinung, es soll ausgekundschaftet werden, unter welchen Bedingungen die einzelnen Staaten unsere Angliederung als erörterbar bezeichnen. Wir wollen zum Beispiel wissen, unter welchen kulturellen Bedingungen wir aufgenommen werden, was mit unserem Schulwesen sein wird, unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen wir uns anschließen können, was mit unsern Schulden geschehen soll, was mit unserm Geld, wie es mit der Beschaffung der Rohprodukte für unsere Industrie stehen wird; wir wollen wissen, was mit unsern Invaliden, mit unsern Beamten geschieht. Das sind ein paar Grundzüge, die ich genannt habe, große Gesichtspunkte, hinsichtlich deren das Volk eine Orientierung bekommen soll von den betreffenden Staaten; wenn

es über die Frage entscheiden und wenn es zur Sache ernstlich Stellung nehmen soll.

Haben wir dann von den uns umgebenden Staaten in diesen Beziehungen klare Antworten bekommen, dann müssen wir im Lande selbst eine Arbeit leisten, dann müssen wir im Lande selbst noch die Sachkundigen zusammenrufen und müssen an gegebenen Tatsachen, an statistischem Material möglichst objektiv ermitteln, wie die Folgen unseres Anschlusses an den einen oder andern Staat in volkswirtschaftlicher Beziehung sind. Diesbezüglich wäre eine gute Statistik unerlässlich. Wir haben aber keine Statistik, die uns Richtung gibt. Wir sind nur zum Teil mit statistischem Material ausgestattet. Es wird nach meiner Ueberzeugung eine absolut sichere Begutachtung der Frage, wie es uns volkswirtschaftlich in dem einen oder andern Falle ergehen wird, nicht zu stande gebracht werden.

Es treten die Fabrikanten und die Großindustriellen des Landes ungeheuer bestimmt auf und sprechen ganz bestimmte Urteile aus. Ich habe die Meinung, daß diese Urteile zu apodiktisch sind, denn schließlich steht auch die Großindustrie vor viel zu viel Unbekanntem, als daß meiner Auffassung nach solche Urteile begründet sind. Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse, die Zollverhältnisse, die Absatzverhältnisse, die Rohstoffbeschaffungsmöglichkeiten sind heute derart ungelöst, daß ich nicht glaube, daß heute ein Sachverständiger auf Erden ist, der ein wirklich begründetes Urteil abgeben kann, das unumstößlich auf festen Voraussetzungen beruht. Die festen Voraussetzungen fehlen nach meiner Meinung.

Bei diesem zweiten Teil der Frage, wo wir selbst entscheiden sollen, werden wir Sachverständige fragen: Wie gestalten sich die volkswirtschaftlichen Verhältnisse für das ganze Volk, für die einzelnen Berufe, für ganze Fabriken, für die Stickerei, für die Bauernschaft u. s. w.? Für die Beantwortung

dieser Fragen muß eine objektive Grundlage durch Sachverständige geschaffen werden. Wir brauchen Gutachten, die den Namen objektiv und innerlich begründet auch wirklich verdienen. Das wird aber eine große Schwierigkeit sein. Ich habe nicht die Meinung, daß wir eine befriedigende Lösung finden, sondern ich habe die Meinung, daß da dem subjektiven Glauben ein großer Anteil wird beschieden sein.

Das Volk macht sich die Sache sehr leicht. Das Volk sagt sich, ich höre das oft, der Schweizer Bauer ist mindestens so gut daran wie der Vorarlberger Bauer; also muß der Bauernstand bestehen können. Der Handwerker sagt: Der Schweizer Handwerker steht nicht schlechter, als der Vorarlberger Handwerker; vom Standpunkt des Vorarlberger Handwerkers müssen also keine Bedenken sein. Der Sticker steht auch so gut, es ist ihm in der Schweiz mindestens so gut gegangen, also muß kein Bedenken sein. Und wegen ein paar Großfabrikanten kann man nicht darauf schauen, wenn es sich um das Schicksal des ganzen Volkes handelt. Sie werden mir zugeben, daß das ein landläufiger Gedankengang in den weitesten Schichten des Volkes ist.

Nun: ich nehme die Sache schon etwas ernster. Man kann nicht so schlecht hin das Urteil fällen. Was zur Klärung geschehen kann, soll man tun, durch Beizug von Sachverständigen, durch statistische Erhebungen. Ich bin dafür, daß man sich in dieser Beziehung anstrengt und bemüht, um auch dort eine objektive Grundlage zu schaffen, und daß hergebracht wird, was herzubringen ist.

Nur, wie gesagt, die Ueberzeugung habe ich nicht, daß wir etwa zu einer vollständigen Klärung und zu einem sichern Urteile gelangen. Es wird immer noch sehr viel dem subjektiven Empfinden des einzelnen, dem Urteile des Volkes, dem Gefühl des Volkes oder dem Handeln auf gut Glück

überlassen sein. Das ist meine persönliche Ueberzeugung. Um dem Volke die Grundlagen zu schaffen, welche es braucht, hat der Vorarlberger Landesrat beschlossen, Ihnen in der Landesversammlung folgenden Antrag zu stellen. Die provisorische Landesversammlung wolle beschließen (liest):

1. Die Erklärung vom 3. November 1918, in welcher sich das Land Vorarlberg im Rahmen von Deutschösterreich selbständig erklärte, trägt provisorischen Charakter wie die Landesversammlung selbst.
2. Der neu zu wählende Landtag entscheidet über den definitiven Anschluß des Landes an ein größeres Staatswesen. Fällt der Landtag die Entscheidung für den Anschluß an ein anderes Staatswesen als an Deutschösterreich, oder ist die provisorische Landesversammlung schon zur Entscheidung genötigt, so muß der Beschluß der Volksabstimmung unterbreitet werden.
3. Die Landesversammlung wählt aus ihrer Mitte einen fünfgliedrigen Verhandlungsausschuß, der durch Fühlungnahme mit den Regierungen in Wien, Bern und München die Bedingungen zu erfahren trachtet, unter welchen sich das Land Vorarlberg anschließen könnte. Die Erhebungen haben insbesondere in politischer, kultureller und finanzwirtschaftlicher Richtung zu erfolgen.

Ich möchte eine kleine Aenderung vornehmen und sagen statt „durch Fühlungnahme in Wien,

Bern und München“ einfach „durch Fühlungnahme in Deutschösterreich, in der Schweiz und in Deutschland.“ Durch diese allgemeinere Fassung habe ich der Möglichkeit der Bildung einer Alpenrepublik Rechnung getragen und die Fühlungnahme mit ihr offen gelassen, ebenso die Fühlungnahme mit einem vergrößerten Württemberg. Ich möchte diese Wege nicht abschneiden und daher stelle ich den Antrag, daß der Antrag des Landesrates in dieser veränderten Form angenommen werde. (liest weiter):

4. Der Landesrat hat ein Prüfungskomitee zu bestellen, das die wirtschaftlichen Folgen der möglichen Anschlüsse für die Gesamtheit des Volkes und für die einzelnen Berufsgruppen zu untersuchen hat.

Das sind die Anträge des Landesrates. Ich stelle mir vor, wenn diese Anträge heute angenommen werden, werden wir heute gleich das fünfgliedrige Komitee wählen und es wird das fünfgliedrige Komitee sofort der Aufgabe, welche ihm die Landesversammlung setzt, nachzukommen haben. Es wird sich in die einzelnen Staaten und Länder begeben und dort prüfen: will man uns und unter welchen Bedingungen in kultureller, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung nimmt man uns auf. Ist die Bereitwilligkeit vorhanden, uns aufzunehmen, und kann man sich in den großen kulturellen, finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen einigen, dann würden unendlich viele Details zu beraten sein, Details, für die dann aus allen Interessentkreisen drüben und hüten Vertreter beizuziehen wären und die dann Sonderkommissionen zu bilden und große Fragen zu erledigen hätten. Das wäre eine Arbeit von langer Zeit, um den großen Fragenkomplex zu erledigen.

Über was vorläufig zu geschehen hat, ist ziemlich einfach durchzuführen, damit die Bevölkerung eine Orientierung bekommt.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Ich eröffne über den Bericht und die Anträge die Besprechung.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Preis hat das Wort.

Preis: Sehr geehrte Landesversammlung!
Im Namen und im Auftrage meiner Partei habe ich zu erklären, hier genau, wie in der Landesrats-sitzung, daß wir uns den Anträgen vollinhaltlich anschließen. Ich meine, ins solange man die Bedingungen des Anschlusses nicht kennt, sei jede weitere Diskussion überflüssig.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Dr. Karrer.

Dr. Karrer: Im Auftrage meiner Partei erkläre auch ich, daß die Anträge angenommen werden. Und ich muß betonen, daß es mich speziell wohlwärtig berührt hat, wie der Herr Berichterstatter eingehend alles Für und Wider erörtert hat. Bisher hat die Agitation in der Anschlußfrage viel zu wünschenswürdig gelassen und besonders waren würdelose Anbiederungen unangenehm zu verzeichnen. Man ist soweit gegangen, daß man direkt das Bild des Hilfsuchenden vor der Türe bot, was für Borarlberg nicht schmeichelhaft war.

Der Herr Berichterstatter hat seine Ausführungen so gehalten, daß ein „Nein“ gewiß nicht an die Adresse der Landesvertretung gerichtet wäre. Der Herr Landeshauptmann hat auch erwähnt, daß aus den Kreisen der Großindustrie schwere Bedenken gegen die von einem Werbeauschuß propagierte Anschlußbewegung an die Schweiz erhoben wurden.

Es ist in einer der letzten Nummern des „St. Galler Tagblattes“ eine scharfe Zurechtweisung gegen den Bund der Industriellen, der sich das Recht herausgenommen hat, sachlich den Bundesrat zu informieren. Auch sonst ist der gute Ratsschlag darin enthalten, dem Beispiele der Schweizer Industrie zu folgen und Qualitätsindustrie zu werden. Ich möchte es nicht vorbegehen lassen an dieser Stelle, diese Ratsschläge des „St. Galler Tagblattes“, das bei uns sehr verbreitet ist, zurückzuweisen, damit nicht etwa doch die Meinung aufkommt, daß unsere Industrie in Borarlberg weniger Qualitätsindustrie wäre als wie die Schweizer Industrie. Ich glaube das sind wir unserem Ansehen schuldig. Ich muß darauf hinweisen, daß die Industrie auch in Deutschösterreich sich trotz ungünstiger Frachtlage zu einer Großindustrie und Qualitätsindustrie und zwar zu einer nicht quantitativ, aber qualitativ ebenbürtigen Industrie in einer großen Anzahl von Betrieben entwickelt hat, daß aber insbesondere unsere Textilindustrie, die weit entfernt von den Absatzzentren gelegen war, sich trotz hoher Fracht, unter ungünstigen Verhältnissen hoch entwickelt hat. Diese Textilindustrie ist ja das Hauptorgenkind der Schweizer Anschlußbewegung. Besonders die Buntweberei muß als ganz hervorragend bezeichnet werden. Der Uebergang zur Qualitätsindustrie hat es nicht verhindert, daß im Glarner Land eine Reihe von industriellen Unternehmen stillgelegt werden mußte. Ich glaube insfolgedessen darauf hinweisen zu können, daß nicht etwa technische Rückständigkeit schuld ist, wenn die Textilindustrie gegen die Anschlußbewegung auftritt. Wir werden mit ernstern Besorgnissen erfüllt, wenn wir die Ziffern derer hören, die im Lande für den Anschluß an die Schweiz sind.

Ich glaube der Weg, den der Antrag des Landesrates empfiehlt, ist der richtige. Ich möchte aber darauf verweisen, daß nicht darauf verzichtet

werden könnte, daß der wichtigen Gruppe der Industriellen Gelegenheit gegeben wird, zu der Anschließfrage Stellung zu nehmen, bevor die Verhandlungen in Bern beendet werden. Ich beanpruche nicht etwa ein Vorrecht; ich meine nur, daß man bei der Prüfung der Vorarlberger Anschließfrage industrielle Experten beizieht. Das ist ja doch der Hauptpunkt, in dem die Anschauungen auseinandergehen könnten.

Weitere wichtige Fragen, welche die Industrie betreffen, sind hauptsächlich die Rohstoffe und die Frage, wie es mit der handelspolitischen Zukunft der Schweiz steht, denn ich möchte doch fragen: welche Machtmittel hat die Schweiz, um sich dagegen zu schützen, daß sich andere Staaten mit Zöllen gegen industrielle Produkte der Schweiz schützen, die eine Ausfuhr aus der Schweiz vollständig hemmen würden? Meine Herren! Wenn ich in folgedessen für die Industrie eine Ausnahmestellung empfehle im Gang der Verhandlungen, so geschieht dies deshalb, weil ich glaube, daß niemand von allen hier Anwesenden sagen wird, etwa wie es zum Beispiel in der Presse geschieht, daß nur das Interesse einiger Geldsäcke auf dem Spiele steht. Es handelt sich in dem Falle um das Wohl und Wehe von Tausenden von Arbeitern, es handelt sich um das Wohl und Wehe von vielen kleinen Existenzen von Handwerkern, Gastwirten und so weiter. Und schließlich wird auch jeder volkswirtschaftliche Kreis des Landes vom Wohl und Wehe der Industrie mittelbar oder unmittelbar beeinflusst. Ich glaube mit Rücksicht auf dieses ganz besondere Interesse, auf das Lebensinteresse der Industrie den Antrag stellen zu müssen:

„Im Hinblick auf die Lebensinteressen der Vorarlberger Industrie erscheint es geboten, rechtzeitig zu den auswärts geführten Verhandlungen

einen Vertreter der Industrie, welcher von dieser selbst zu bestimmen wäre, beizuziehen.“

Ich bitte, um Mißverständnissen vorzubeugen, zur Kenntnis zu nehmen: nicht beim ersten Anklopfen, sondern bei den weiteren Verhandlungen, die auswärts geführt werden müssen, wo es sich um Fragen handeln wird, die eben nur der Industrielle selbst beurteilen kann, soll dieser Experte beigezogen werden.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Landeshauptmannstellvertreter Voser hat das Wort:

Voser: Meine Herren! Ich habe zu den ausgezeichnet getroffenen, von großer Sachlichkeit und Klarheit zeugenden Ausführungen des Herrn Berichterstatters selbstverständlich nichts beizufügen, bin auch nicht gegen die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners Dr. Karrer. Nur in Bezug auf seinen Antrag möchte ich mir erlauben, einige Bemerkungen zu machen. Ich halte den Antrag für vollständig begründet. Wir wissen, daß die Industrie und die mit ihr verbundenen Arbeiter ein lebhaftes Interesse an der Stellung in dieser wichtigen Angelegenheit haben. Es will mir aber scheinen, es sei der Antrag doch etwas zu eng gehalten, denn es gibt im Lande eine größere Anzahl weit verzweigter Stände und Berufsgruppen, die sich auch in lebhafter Weise interessieren, weil auch ihre wirtschaftlichen Interessen damit in Verbindung und in Frage stehen. Und es wäre meines Erachtens recht wünschenswert, wenn dieser Antrag eine Erweiterung erfahren würde in der Weise, daß beschlossen würde, daß nicht nur Vertreter der Industrie, sondern auch Vertreter weiterer Berufsstände herangezogen werden sollen.

Ich werde mir erlauben den Antrag in der Weise zu ergänzen und überlasse es dem hohen Haus, dazu Stellung zu nehmen.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Landesrat Kaufher.

Kaufher: Hohes Haus! Auch wir beschäftigen uns schon seit langer Zeit mit diesen Fragen und ich glaube ganz im Sinne meiner Parteigenossen sprechen zu dürfen, wenn ich sage, wir schließen uns den Ausführungen des Herrn Referenten Landeshauptmann Dr. Ender an. Wir wünschen jedoch, daß bei den Verhandlungen im Lande selbst von dieser zu wählenden weitem Kommission die Verhandlungen nicht einseitig mit verschiedenen Berufsgruppen geführt werden, sondern zu diesen Verhandlungen alle Stände des Landes, die das regste Interesse an der Frage haben, gleichzeitig und jederzeit eingeladen und verständigt werden. Es würde zu schwerer Mißstimmung führen, wenn dieser Künferausschuß nur mit einzelnen Ständen in Verbindung treten und darauf verzichten würde, auch mit andern Berufsgruppen Fühlung zu nehmen.

Ich bin der Meinung, daß das Vertrauen auf das Künferkomitee im Lande fest und unerschütterlich bleiben wird, wenn jeder Stand sieht, daß seine Fragen voll und ganz rechtzeitig durch diesen Ausschuß vertreten werden. Ich bitte deshalb die Herren, bei der Weiterbesprechung dieser Vorschläge darauf zurückzugehen, daß der Antrag des Herrn Landeshauptmanns voll und ganz und unverändert angenommen werde.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Wer wünscht noch das Wort? —

Wenn es nicht der Fall ist, bitte ich den Bericht-
erstatter, das Wort zu nehmen.

Herr Dr. Karrer meldet sich noch.

Dr. Karrer: Ich schließe mich der Anschauung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Loser an, weil damit der Industrie Gelegenheit geboten ist, in dem Stadium der auswärts geführten Verhandlungen, nicht etwa, wie Herr Landesrat Kaufher meint, zu beeinflussen, sondern nur diese Kommission zu veranlassen, gewisse Fragen zu klären, die sich im vorhinein nicht voraussehen lassen. Dieses Interesse glaube ich dürften andere Gruppen nicht in dem Maße haben. Ich glaube, alle andern Fragen sind weniger kompliziert und dürften eher schon im vorhinein zu klären sein als zum Beispiel die Rohstofffrage. Ich bin vollkommen der Ansicht, es sollte das Recht gewahrt werden, daß auch andere Industriegruppen, die darauf Wert legen, beigezogen werden.

Dann kommt noch etwas in dieser Frage in Betracht. Für die Landwirtschaft ist es gewiß keine außerordentliche Lebens- und Existenzfrage, denn es wird kein Bauer seine Bauernschaft verlegen. Ich denke mir, die Landwirtschaft wird durch den Obmann des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften vertreten, während in der ganzen Versammlung, in der Kommission selbst kein tätiger Industrieller sein wird. Ich bitte deshalb, doch meinen Antrag, den Herr Landeshauptmannstellvertreter Loser mit mir besprechen könnte, in dieser Modifizierung zur Abstimmung zu bringen.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Landeshauptmannstellvertreter Loser.

Loser: Ich für meine Person wäre mit dem Antrag Dr. Karrer einverstanden, wenn auch eingefügt wird, „und auch Vertreter anderer Berufe oder Körperschaften.“ (Zwischenruf Dr. Karrer: Ja!)

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Landeshauptmannstellvertreter Breiß hat das Wort.

Breiß: Meine Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Karrer möchte ich nur einige Worte hinzufügen. Es gibt schon auch andere Berufsgruppen, die ein ganz besonderes Interesse haben. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Staatsbediensteten, besonders an die Eisenbahner und Finanzbedienstete. Auch ihre Anstellungs- und Vorrückungsbedingungen, ihre Pensionen, alle diese Fragen müßten geklärt werden. Ich weiß persönlich ganz genau, daß die Pensionsverhältnisse in der Schweiz bedeutend schlechter sind als bei uns in Oesterreich und daß zum Beispiel Organe der Finanzwache überhaupt nicht definitiv angestellt werden. Es wird gut sein, daß diese betreffenden Gruppen auch mit im Ausschusse vertreten sind. Das ist übrigens in dem Antrag Loser schon gelegen. Nicht wahr?

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Der Berichterstatter Dr. Ender hat das Wort.

Dr. Ender: Bitte schön! Ich habe die Meinung, daß das ganze nur einen akademischen Wert hat, denn wenn es wirklich zu ernstern Verhandlungen kommt, so ist dies ein so großer Fragenkomplex, daß wir wohl eine Organisierung vornehmen müssen. Was würden die Herren sagen, wenn wir dem Antrag folgende Fassung geben (liest):

„Dem Landesrat wird es überlassen, wenn die Verhandlungen mit einem fremden Staate weiter gedeihen, dem fünfgliedrigen Verhandlungsausschuss sachverständige Vertreter aus den

Kreisen der Industriellen und anderer Berufsgruppen beizugeben.“

Das muß doch der Landesrat machen, nicht wahr? Wir können doch nicht gleich wieder eine Landesversammlung einberufen.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Bürgermeister Luger.

Luger: Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns einverstanden. Ich würde aber gar keine Gruppe nennen, ich würde einfach sagen: „Mit den Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen“, ohne einzelne Gruppen zu nennen.

Dr. Ender: Wenn es angenehm ist, nehme ich auch diese Fassung auf.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Herr Dr. Karrer.

Dr. Karrer: Der Antrag in der Form, wie ihn Herr Landeshauptmann Dr. Ender vorgeschlagen hat, ist doch etwas gar zu unverbindlich, wenn es heißt: „Dem Landesrat wird es überlassen, auf Wunsch usw.“ Ich meine, es könnte dann der Landesrat sehr leicht keinen Gebrauch machen von diesem Rechte, weil es ihm überlassen bleibt oder das Finierkomitee keinen Wunsch äußert, dies zu tun. Ich meine, es ist doch gar zu unverbindlich gehalten und wenn der Herr Landeshauptmann eine etwas verbindlichere Form wählt, erkläre ich, daß ich meinen Antrag zurückziehe und für die Fassung des Herrn Landeshauptmanns stimmen werde.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Dr. Ender: Dann werde ich sagen (liest):

„Der Landesrat wird ermächtigt, wenn die Verhandlungen mit einem fremden Staate weiter gedeihen, dem fünfgliedrigen Verhandlungsausschuß sachverständige Vertreter aus den Kreisen der Industriellen und anderer Berufsgruppen beizugeben.“

Daß die Industriellen besonders genannt werden, empfiehlt sich, weil wir damit zwei Anträge aus der Welt schaffen. Nicht wahr?

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Wer wünscht noch weiter das Wort? —

Nicht der Fall.

Dann schließe ich die Besprechung.

Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Dr. Ender: In der Interpellation, die ich am Anfang verlesen habe, wird Beschwerde darüber geführt, daß der Anschluß über die Köpfe der Landesregierung und der Landesversammlung hinweg betrieben wird. Nun die Herren Industriellen haben dann eigentlich ganz dasselbe gemacht. Ich müßte das eigentlich auch rügen. Sie haben auch über die Köpfe des Landesrates und der Landesregierung hinweg, noch dazu in einem Zeitpunkte, wo man schon wußte, daß der Landesrat beginnen werde, sich offiziell mit der Sache zu befassen, eine Eingabe an die Schweizer Bundesregierung gerichtet. Ich habe es in diesem Zeitpunkte nicht mehr so gerne gesehen, möchte aber immerhin noch nichts sagen zum ersten Teil der Eingabe, wo sie sich nur mit der wirtschaftlichen Seite der Sache befaßt. Aber

im zweiten Teil behandelt der Verband der Industriellen rein politische Angelegenheiten und das wäre meines Erachtens nicht seine Aufgabe gewesen.

Es heißt zum Beispiel (liest):

„Borarlberg wird aber mit Ausnahme der zwei Bahnverbindungen — Arlberglinie und Staatsbahn Bregenz-uchs — in keiner anderen Hinsicht Vorteile für die Schweiz mit sich bringen; was wir besitzen, Industrie, Viehzucht, Molkerei, besitzt die Schweiz in gleichem Maße, was uns abgeht: Getreidebau, fehlt auch der Schweiz, zudem würde Borarlberg alle die Wehen eines verlorenen Krieges mit sich bringen.“

Ob das nötig war, der Schweiz das zu sagen? Ich meine, das hätte sie schon selber gewußt. (Liest weiter):

„Es bleibt also vielfach nur der rein ideelle Gedanke für die Anschlußbewegung. Und hiezu erlauben wir uns auch unsere Meinung zu äußern.“

Bei aller nachbarlichen Freundschaft für die Schweiz, wäre vor dem Krieg der Anhang für den Anschluß perzentuell ein ganz minimaler gewesen.“

Das ist natürlich eine sehr subjektive Meinung. (Liest weiter):

„In der Begeisterung der ersten Kriegsjahre wuchs der Gedanke eines Zusammenschlusses aller Deutschen im großen Vaterland. Nun der Krieg zu unsern Ungunsten geendet und in Deutschland die heutigen Verhältnisse geworden, fand der Gedanke der Flucht in die von dem Kriege direkt nicht berührte Schweiz immer mehr Anhänger.“

Das ist doch etwas einseitig behandelt, kommt mir vor. (Liest weiter):

„Es ist daher anzunehmen, daß für den wahrscheinlichen Fall, als sich in Deutschland nach den Fiebern und Wehen der jetzigen Zeit,

wieder normale Verhältnisse herausbilden, die Stimmung unseres Volkes wieder eine Aenderung erfährt, ja, es ist bei dem Umstand, daß Deutschland die der ganzen Welt bevorstehende Umbildung der staatlichen und menschlichen Grundanschauungen zuerst durchbilden wird, voranzusehen, daß in wenigen Jahren Deutschland wieder konsolidiert mit an der Spitze der neuen menschlichen Friedenskultur schreitet und dann würde der neu erworbene Kanton Vorarlberg in der Schweiz ein Fremdkörper sein, der seine Rücklösung an seine eigentliche Heimat „Deutschland“ erstreben müßte.“

Mir kommt vor, daß diese Ausführungen über die Aufgabe, die dem Verband der Industriellen von Vorarlberg, bei größten Konzessionen, irgendwie gesteckt sein könnten, ganz bedenklich hinausgehen und sich dem Gebiete der Prophezie ganz bedenklich nähern.

Ich habe es nicht gern gesehen, daß diese Eingabe über den Kopf der Landesregierung und des Landesrates hinweg, mit derartigen politischen Auslassungen gespickt, direkt dem Bund übermittelt wurde. Und wenn diese Eingabe eine Zurückweisung erfahren hat, muß man sich meines Erachtens nicht verwundern. Ich finde dies ziemlich natürlich und selbstverständlich.

Ich habe im übrigen nichts mehr beizufügen, da ja die Redner alle einig gegangen sind.

Zu den Ausführungen des Herrn Hanscher bemerke ich: er meint, daß die Sachverständigen, die wir im Lande zusammenrufen, auch vom Fünferkomitee gerufen werden. Das ist nicht so. Diese Sachverständigen, die wir im Lande zusammenberufen, um zu ermitteln, welche volkswirtschaftliche Wirkung der Anschluß hat, dieses Sachverständigenkolleg setzt der Landesrat ein, ganz unabhängig und unbeteiligt vom Fünferkomitee. Damit schließe ich.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Dann schreiten wir zur Abstimmung und ich bitte den Herrn Berichterstatter, den ersten dieser Anträge zur Verlesung zu bringen.

Dr. Cuder: (Verliest den Antrag)

Die provisorische Landesversammlung wolle beschließen:

1. Die Erklärung vom 3. November 1918, in welcher sich das Land Vorarlberg im Rahmen von Deutschösterreich selbständig erklärt, trägt provisorischen Charakter, wie die Landesversammlung selbst.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Wer für den Antrag ist, wolle die Hand erheben.
Angenommen.

Bitte den zweiten Antrag.

Dr. Cuder: (Liest)

2. Der neu zu wählende Landtag entscheidet über den definitiven Anschluß des Landes an ein größeres Staatswesen. Fällt der Landtag die Entscheidung an ein anderes Staatswesen als an Deutschösterreich oder ist die provisorische Landesversammlung schon zur Entscheidung genötigt, so muß der Beschluß der Volksabstimmung unterbreitet werden.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:
Wer dem Antrag zustimmt, wolle die Hand erheben —

Angenommen.

Bitte um den dritten Antrag.

Dr. Cuder: (liest)

- Die Landesversammlung wählt aus ihrer Mitte einen fünfgliedrigen Verhandlungsausschuß, der durch Fühlungnahme mit den Regierungen in Deutschösterreich, in der Schweiz und in Deutschland die Bedingungen zu erfahren trachtet, unter welchen sich das Land Vorarlberg anschließen könnte. Die Erhebungen haben insbesondere in politischer, kultureller und finanzwirtschaftlicher Richtung zu erfolgen.

Ich habe gleich die Korrektur vorgenommen, weil ich die Zustimmung dazu angenommen habe. Wenn ein Widerspruch stattfindet, müßte getrennt abgestimmt werden.

Landeshauptmannstellvertreter Matter: Widerspruch wird keiner erhoben und ich bitte diejenigen Herren, die mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. —

Angenommen.

Bitte den vierten Antrag

Dr. Cuder: (liest)

- Der Landesrat hat ein Prüfungskomitee zu bestellen, das die wirtschaftlichen Folgen der möglichen Anschlüsse für die Gesamtheit des Volkes und die einzelnen Berufsgruppen zu untersuchen hat.

Landeshauptmannstellvertreter Matter: Wer auch diesem Antrag zustimmt, möge die Hand erheben. —

Angenommen.

Bitte den nächsten Antrag.

Dr. Cuder: Dann kommt der Antrag (liest):

- Der Landesrat wird ermächtigt, wenn die Verhandlungen mit einem fremden Staate weiter gedeihen, dem fünfgliedrigen Verhandlungsausschuß sachverständige Vertreter aus den Kreisen der Industriellen und anderer Berufsgruppen beizugeben.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:

Wenn ich recht verstanden habe, sind die Antragsteller Karrer und Loser mit der Fassung einverstanden, in dem Sinne, daß sie ihre Anträge zurückziehen. Ist es so? (Zwischenruf: Dr. Karrer: Ja.) Wer diesem letzten Antrag zustimmt, erhebe die Hand. —

Angenommen.

Nun glaube ich, können wir gleich zur Wahl des Verhandlungsausschusses schreiten. Vorgeesehen ist ein fünfgliedriges Komitee, und zwar in der Zusammensetzung, daß von der christlichsozialen Partei drei Herren samt Ersatzmännern und je ein Herr und ein Ersatzmann von der deutschfreiheitlichen und sozialdemokratischen Partei in Vorschlag gebracht werden. Ich bitte nun die christlichsoziale Partei, ihre Vertreter namhaft zu machen.

Welte: Von Seiten der christlichsozialen Partei erlaube ich mir folgende Herren vorzuschlagen; als Mitglieder die Herren: Landeshauptmann Dr. Cuder, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Medler und Bürgermeister Luger; als Ersatzmänner die Herren Dr. Mittelberger, Unterberger und Dr. Konzer.

Landeshauptmannstellvertreter Matter:

Ich bitte die deutschfreiheitliche Partei, ihre Vertreter namhaft zu machen.

Wahl: Von Seiten der deutsch-einheitlichen Partei werden vorgeschlagen: Herr Landeshauptmannstellvertreter Natter als Mitglied und Herr Dr. Kitz als Stellvertreter.

Landeshauptmannstellvertreter Natter: Ich bitte die sozialdemokratische Partei, ihre Vertreter namhaft zu machen.

Vorenz: Die sozialdemokratische Partei schlägt vor: als Mitglied Herrn Landeshauptmannstellvertreter Preis und als Ersatzmann Herrn Landesrat Kauscher.

Landeshauptmannstellvertreter Natter: Die Herren haben die Vorschläge gehört und ich bitte die Herren, welche diesen Vorschlägen zustimmen, die Hand zu erheben.

Angenommen. —

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft und es schließt sich an eine vertrauliche Sitzung der Landesversammlung.

